

**PARLAMENTSREDE** von Jochen Esser, MdA – finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 66. Sitzung, 10. September 2015 zum Thema: „Doppelhaushalt 2016/17 1. Lesung “

### **Herr Präsident! Meine Damen und Herren!**

Es ist angesichts der Flüchtlingsthematik, die uns alle emotional und auch politisch stark bewegt, nicht gerade leicht, heute eine normale Haushaltsdebatte zu bestreiten. Aber es muss sein. Es muss deswegen sein, weil sich die Flüchtlingsthematik mit den damit verbundenen Mehreinnahmen, die wir erwarten, und den Mehrausgaben im Haushaltsplan im Augenblick noch gar nicht richtig abbildet.

Der Haushaltsentwurf des Senats sieht noch ganz anders aus. Von 1,6 Milliarden Euro Mehrausgaben im Doppelhaushalt 2016/2017 gehen im Entwurf des Senats gerade einmal 200 Millionen Euro auf die Flüchtlingsfrage. Deshalb ist die politische Feststellung auch berechtigt: Der vorliegende Haushaltsentwurf ist der fetteste Wahlkampfhaushalt seit 20 Jahren, und zwar mit Folgen.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Mit Folgen, die nicht in der Flüchtlingsdebatte untergehen dürfen. Der strukturelle Haushaltsausgleich gerät schon jetzt aus der erreichten Balance. Die neue Finanzplanung des Senats zeigt schon jetzt, dass der Haushalt 2016/2017 einen Konsolidierungsbedarf von 350 Millionen Euro auslöst.

Und eins möchte ich auf keinen Fall: Wenn die roten Zahlen dann kommen, möchte ich nicht, dass in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck entsteht, es seien die Flüchtlinge gewesen, die uns „die Haare vom Kopf gefressen“ hätten.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Nein! Das Problem dieses Haushalts ist – vor allen Ausgaben für die Aufnahme der Flüchtlinge, die noch kommen werden –, dass der Senat beim Räumen der Bunker des ehemaligen Finanzsenators von einem Extrem ins andere gefallen ist. Geschuldet ist dies dem faulen Frieden zwischen zwei Koalitionspartnern, die sich fremd geblieben sind und keine gemeinsamen Projekte verfolgen. Folglich haben SPD und CDU ihre unterschiedlichen Wunschlisten einfach addiert. Im Resultat ist für jeden was dabei – auch ein neues Sofa für Frau Kolat, wie wir lesen konnten.

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

Dafür, dass sich darauf zur Vorbereitung der Senatssitzungen die Leute zehn Minuten treffen.

Große Koalitionen befrieden ihre Konflikte halt gerne mit Geld. Deshalb sind nach ihrer Regentschaft meistens die Kassen leergeräumt. Bürgermeister Henkel hat dieses Resultat recht launig kommentiert: „Was quietscht, läuft eben nicht wie geschmiert“, sagte er. Ich würde – wenn wir schon bei bester Laune sind – eher sagen: „Wenn gar keiner mehr quietscht, stimmt auch was nicht.“

[Torsten Schneider (SPD): Wir haben ja dich!]

Dabei ließ es sich gut an: Der neue Finanzsenator, Herr Kollatz-Ahnen, verkündete als neue Ausgabenlinie rund 3 Prozent Ausgabensteigerung pro Jahr. Das war vernünftig und steht im Einklang mit der erwartbaren Einnahmeentwicklung.

Auf den ersten Blick scheint es dabei auch fast geblieben zu sein. Auf den zweiten Blick sieht es jedoch ganz anders aus: In diesem Jahr zählt zu den Ausgaben die einmalige investive Zuführung an das SIWA in Höhe von knapp 500 Millionen Euro. Das führt logisch zu der Frage: Wo bleiben diese 500 Millionen Euro im nächsten Jahr? Und nun? Der Finanzsenator hat sie in dauerhafte Aufgaben umgesetzt, vornehmlich in Personal- und Sachkosten. Herausgekommen ist dabei ein Anstieg der strukturellen Ausgaben von sage und schreibe 5,5 Prozent, der uns dauerhaft belasten wird. Dieser faule Wahlkampffriede löste den erwähnten Konsolidierungsbedarf von 350 Millionen Euro schon jetzt aus, der dann der nächsten Regierungsmehrheit, wie immer sie zusammengesetzt sein wird, auf die Füße fällt. Nachhaltige Politik sieht anders aus.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Es ist ja gut, Herr Goiny, dass Sie den von der SPD und den Linken gefassten Beschluss gekippt haben, von

105 000 Stellen auf 100 000 Stellen herunterzugehen, aber auch eine solch gute Absicht kann man versemeln, wenn man das Kind mit dem Bade ausschüttet. Neueinstellungen mit Kosten von über 150 Millionen Euro, die uns die nächsten 40 Jahre begleiten werden, sind ja keine Kleinigkeit.

[Christian Goiny (CDU): Gratis wird es nichts geben!]

Da darf man dann schon genau hingucken. Ich nenne Ihnen gerne – Sie haben es gestern schon gehört – vier Beispiele.

Um ganz klein anzufangen: Muss die Opposition im Wahljahr dem Regierenden Bürgermeister einen weiteren Wahl-kämpfer in Gestalt eines zusätzlichen Referenten seines Presse- und Informationsamts genehmigen? Ich glaube, das müssen wir nicht.

Braucht der Verfassungsschutz jetzt 45 neue Stellen – ein Aufwuchs von 25 Prozent? Der braucht doch nach all den Fehlleistungen der letzten Jahre zu allererst eine Reform an Haupt und Gliedern.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Danach kann man dann auch überlegen, welches Personal mit welcher Qualifikation er eventuell braucht. Herr Henkel aber zäumt das Pferd von hinten auf. Ich kann Ihnen versichern: Dabei machen wir nicht mit. Personaleinstellungen ersetzen keine Reformmaßnahmen, und im vorliegenden Fall können wichtige Aufgaben aus unserer Sicht besser von LKA und vieles auch besser von zivilgesellschaftlichen Akteuren erledigt werden, die sich tag-täglich mit Rechtsextremismus und fundamentalistischem Islamismus auseinandersetzen.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN – Beifall von Heiko Herberg (PIRATEN)]

Macht es Sinn, dass die zusätzlichen Polizisten mehr oder weniger gleichmäßig über alle Polizeidirektionen verteilt werden, als gäbe es keine Kriminalitätsschwerpunkte in der Stadt? Ich denke nicht! Mit der Bürokratenlogik: Wenn der eine etwas kriegt, kriegt der andere mindestens das gleiche, sonst gibt es Ärger im Apparat. – stärken wir die Schlagkraft der Polizei nicht optimal.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Sehr hübsch fand ich auch den Kommentar von Justizsenator Heilmann zu seinem Etat, es handele sich – so sagte er – um „die größte Verstärkung der Strafverfolgung seit der deutschen Einheit“. Dann guckt man in den Plan und findet 39 Stellen für die Intensivierung der Strafverfolgung, aber zusätzlich 58 neue Stellen für den Aufbau der IT-Struktur an den Gerichten. Wollen wir die dezentrale IT wieder personell aufblähen, derweil doch alle Senats-beschlüsse auf das Gegenteil – auf shared services und das ITDZ als zentralen Dienstleister des Landes – setzen?

Worauf ich hinaus will: Nachdem zu lange mit dem Rasenmäher Personal abgebaut wurde, macht es wenig Sinn, den Personalaufbau ähnlich sinnfrei zu betreiben – nach dem Motto: viel hilft viel! –, ohne dass es zu Strukturveränderungen kommt. Auf die größtmögliche Wirkung kommt es an, nicht auf das Gesetz der größten Zahl.

[Beifall bei den GRÜNEN – Beifall von Heiko Herberg (PIRATEN)]

Bei den Investitionen haben Sie es etwas besser gemacht. Wir begrüßen, dass der Senat unserer langjährigen Forderung nachkommt, die Investitionen deutlich zu erhöhen. In der letzten Haushaltsberatung wurden wir von SPD und CDU dafür noch beschimpft.

[Torsten Schneider (SPD): Ach Gott!]

Der gute Eindruck ist allerdings gewaltig dadurch getrübt, dass der Senat in der Begründung zum Haushaltsgesetz selbst feststellen muss: „Berlin kann parallel nicht mehr als zwei Großprojekte bewältigen. Zurzeit sind es die Staatsoper und der BER.“

Das sind keine Zukunftsinvestitionen, sondern Ausgaben, die auf politisches Versagen zurückzuführen sind, worauf die meisten Berlinerinnen und Berliner zu Recht gerne verzichten würden. Von zukunftsweisender Investition lässt sich schon lange nicht mehr reden auf der Großbaustelle in Schönefeld. Es handelt sich inzwischen schlicht um die Vergeudung von Steuergeldern, die sich aus der leider zutreffenden Aussage unseres Regierenden Bürgermeisters herleitet: Wir müssen die Katastrophe in Ordnung bringen.

[Beifall bei den GRÜNEN – Beifall von Steffen Zillich (LINKE)]

Herr Schneider! Sie haben mich gestern gefragt und dabei Ihr Lieblingswort untergebracht: Was wollen die Grünen denn strategisch? – Ich will Ihnen heute die Antwort nicht schuldig bleiben: Wir Grüne wollen – erstens – bezahlbaren Wohnraum, – zweitens – gute Kitas und Schulen und – drittens – einen modernen Mobilitätsmix –

da streiten wir ja immer –, weg von dem Ottomotor aus dem 19. Jahrhundert, und – viertens – eine ökologisch effiziente und moderne Infrastruktur.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Zu all den genannten Feldern habe ich Ihnen gestern konkrete Haushaltsänderungen aufgezählt:

[Torsten Schneider (SPD): Was?]

Vom Mietenvolksentscheid über einen besseren Betreuungsschlüssel in den Kinderkrippen, von der Sanierung unserer Krankenhäuser über deutliche Verbesserungen bei S-Bahn, BVG und Radverkehr bis hin zu einer guten Kapitalausstattung unseres Stadtwerks.

Aber Sie wollten es noch zugespitzter. Da habe ich mir gesagt: Okay, warum nicht – auch wenn diese Zuspitzung vielleicht nicht alle unsere Fachabgeordneten beglückt.

Ich sage Ihnen: Berlin braucht vor allem Investitionen in die ökologische Modernisierung. Mit der Energiewende und dem Internet der Dinge stecken wir – wie die ganze Welt – mitten in einer industriellen Revolution, die sich rasend schnell vollzieht und bei der die Infrastruktur- und Verkehrspolitik mithalten, ja sogar eine aktive Rolle übernehmen muss. Das lässt sich durchaus vergleichen mit der Periode der Elektrifizierung Anfang des 20. Jahrhunderts, in der Berlin bekanntlich eine herausragende und weltweit führende Rolle gespielt hat. Davon sind wir heute weit entfernt, obwohl es nicht nur umweltpolitisch, sondern auch für Wirtschaft und Arbeitsplätze von enormer Bedeutung ist, das zu ändern.

Man reibt sich als Berliner die Augen, wenn im Kapitel „Kommunales Investitionsprogramm“ plötzlich der Titel auftaucht „Energetische Sanierung eines Verwaltungsgebäudes“. Energetische Sanierung? Das Wort in einem Haushaltsplan der Berliner SPD – früher mit Linken jetzt mit der CDU? Das ist wirklich von Seltenheitswert.

Und tatsächlich: Der Grund für diese Ausnahme ist, dass es für das kommunale Investitionsprogramm Bundesauflagen gibt – vom Bundestag ins Gesetz gegossen und als Verwaltungsvereinbarung von allen Ministerpräsidenten unterschrieben. Da wimmelt es von Wörtern wie Lärmbekämpfung, Barrierefreiheit, energetische Sanierung, altersgerechter Umbau. Sogar von „Wärmenetzen, die aus erneuerbaren Energieträgern gespeist werden“, ist wörtlich die Rede. Sich darum zu kümmern, ist deutscher Normalstandard. Überall in Deutschland sind das Selbstverständlichkeiten. Nur unsere Stadt hinkt hinterher, statt vorweg zu gehen, wie es ihrer Bedeutung angemessen wäre. Wir haben in Berlin etwas nachzuholen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wenn Sie mich, Herr Schneider, also fragen, was die Berliner Grünen wollen, würde ich antworten: Wir wollen wenigstens den deutschen Normalstandard erreichen in Sachen Ökologie und nachhaltiger Stadtentwicklung und am liebsten – wie nannte es der Finanzsenator so schön – „Referenzmetropole für eine nachhaltige Energieversorgung“ werden. Das wäre doch etwas.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Ich gehöre bekanntlich nicht zu denen, die glauben, mit den Grünen würde alles total anders und besser. Das wäre vermessen. Von einem bin ich aber nach 20 Jahren schwarz-rot und zehn Jahren rot-rot felsenfest überzeugt: Zur Auflösung des umweltpolitischen Reformstaus in Berlin sind wir Grüne dringend nötig. Ohne uns wird das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nichts.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Im Haushalt 2016/2017 möchten wir diesen Stillstand nicht fortsetzen. Mit Ihrem Haushaltsplan ist im Augenblick alles überlagert, von den Verhandlungen mit Vattenfall und E.ON über die Netze. Wenn ich dieses Mehrwegsystem, das in dem entsprechenden Kapitel angelegt ist, lese, läuft es darauf hinaus, dass wir am Ende irgendetwas mit E.ON oder beiden Vertragsparteien machen wie weiland bei RWE und Veolia bei den Wasserbetrieben – ich hoffe, dann mit einem besseren Vertrag. Es mag sein, dass auch das der Energiepolitik am Ende dienlich ist. Wir werden es sehen. Derweil steht aber die Energiewende weiter still. Sie sitzen da und warten auf ein Verhandlungsergebnis. Das kann nicht sein.

Gerade nach dem gestrigen Dissens mit Brandenburg in der Frage der Braunkohleverstromung sage ich, dass wir unbedingt das tun sollten, was im Augenblick eigenständig machbar ist, statt nur auf Verhandlungsergebnisse zu warten. Wir haben mit dem Klimastadtwerk ein Instrument, mit dem wir unabhängig von Erfolg oder Misserfolg von Netzverhandlungen tätig werden können. Es gibt keinen vernünftigen Grund, das Unternehmen haushaltspolitisch komplett zu ignorieren und in den Wasserbetrieben verhungern zu lassen.

Wir Grüne wollen im Haushalt 2016/2017 keinen Still-stand an der grünen Front. Wir schlagen Ihnen Investitionen in Windräder, in Blockheizkraftwerke und in die energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes vor. Wir möchten Investitionen zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt, für grüne Dächer und Hinterhöfe. Wir wollen den Bau von Radrouten und geschützten Radstreifen und mehr Verkehrssicherheit und weniger Tote an gefährlichen Kreuzungen.

Wir fragen Sie, Herr Schneider, aber auch alle anderen Fraktionen hier im Haus: Ist das mit Ihnen zu machen, oder können erst die Wählerinnen und Wähler substanzielle Änderungen herbeiführen? Wir werden es im Verlauf der Haushaltsberatungen sehen.

[Beifall bei den GRÜNEN]